

René Hoffmann

**Das Bottroper Rathaus-Massaker
vom 19. Februar 1919**

Verantwortung und Verschleierung
eines Verbrechens

Vollständig überarbeitete und ergänzte Fassung der
gedruckten Erstveröffentlichung, Bochum 2019 (ISBN: 978-3-932901-53-9).
© René Hoffmann
Essen 2024. Alle Rechte vorbehalten.

INHALT

| | |
|---|----|
| Vorbemerkungen zur Bottroper Gemeindestruktur | 4 |
| 1. Hintergründe und Vorgeschichte 1918/19 | 5 |
| 2. Das Rathaus-Massaker vom 19. Februar 1919 | 12 |
| 3. Der Fall des Alois Fulneczek | 15 |
| 4. Nachwirkungen | 18 |
| Zeittafel und Namensliste | 23 |
| Quellen und Literatur | 25 |
| Verwendete Abkürzungen | 26 |
| Bildnachweise | 27 |

Vorbemerkungen zur Bottroper Gemeindestruktur

Zum Verständnis der regionalen Hintergründe, vor denen das Geschehen der Jahre 1918 - 1920 auf dem Gebiet der heutigen Ruhrgebietsstadt Bottrop ablief, ist zunächst ein kurzer Blick auf die seinerzeitigen lokalen Gegebenheiten erforderlich. Zu benennen sind hier zunächst die tatsächlichen oder auch nur empfundenen Unterschiede in den alltäglichen Lebenswahrnehmungen von Arbeiter-, Bürger- und Bauernbevölkerung, die bis in die Gegenwart für den aufmerksamen Beobachter im Stadt- und Landschaftsbild zumindest erahnbar geblieben sind, sowie ein sich zwar zusehends verflachender, aber ebenfalls noch bis in die Gegenwart erfahrbarer Gegensatz zwischen städtischem und ländlichem Lebensumfeld. Bottrop war im zweiten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts weit entfernt vom Bild eines organisch gewachsenen Gemeinwesens. Es handelte sich vielmehr um eine in einem sehr kurzen Zeitraum explosionsartig um und über den Bereich des ursprünglichen Dorfes herum und hinaus unorganisch gewachsene Siedlungsagglomeration, unterbrochen durch erhebliche, zumeist landwirtschaftlich genutzte Freiflächen. Die Einwohnerzahl hatte sich im Verlauf von vier Jahrzehnten von knapp 5.400 im Jahre 1871 in etwa 10-jährigen Verdopplungssprüngen auf fast 70.000 im Jahre 1914 erhöht.¹ Bezogen auf Situation und Außenwahrnehmung der Gemeinde muß auf den selbst für Ruhrgebietsverhältnisse außerordentlich hohen Anteil polnisch-stämmiger Bevölkerung hingewiesen werden: „In Bottrop, scherzhaft 'Bottropski' genannt, beherrschten 9656 = 28,7 Prozent [...] der Einwohner ausschließlich die polnische Sprache.“² Diese Aussage bezog sich auf das Jahr 1905; die Einwohnerzahl weiter kräftig auf rund 80.000 angestiegen,³ hatte sich an den Relationen bis zum Ende des zweiten Jahrzehnts nicht viel geändert. Der erklärt linkssozialistische Sozialhistoriker Erhard Lucas trug einige sehr wesentliche Fakten und Erkenntnisse zur Geschichte der Bottroper Gründerjahre zusammen, die hier von Interesse sind:

„Bottrop bestand aus dem Dorf Bottrop und den fünf Bauerschaften Eigen (Norden), Boy (Nordosten), Batenbrock (Osten), Lehmkuhle (Süden) und Fuhlenbrock (Westen). 1871 begann die Arenbergsche AG für Bergbau und Hüttenbetrieb in Essen mit dem Abteufen des ersten Schachts auf Bottroper Gebiet in der Bauerschaft Batenbrock, 1875 wurde die Förderung auf 'Prosper II' aufgenommen. Zwischen 1909 und 1914 entstanden dann in rascher Folge weitere Zechen in Batenbrock, Eigen, Fuhlenbrock und Boy. Das Dorf Bottrop war nunmehr in einem Zweidrittel-Kreis von Zechen umschlossen. Auch der Eisenbahnbau unterstreicht diese Entwicklung: unter dem Primat des Bergbaus erhielten bereits in den 70-er Jahren die Vororte Bahnanschluß, lange bevor 1905 das Dorf einen Bahnhof erhielt.“⁴

Zu den politischen Kräfteverhältnissen in der Gemeinde wurde angemerkt: „Die dörfliche Oberschicht muß zwar die industrielle Umstrukturierung der Bauerschaften durch den Bergbau hinnehmen, behält aber im Dorf das Heft in der Hand und sichert sich durch ein raffiniertes Ortsstatut die Dominanz im Gemeinderat.“⁵ Dorf und Zechenkolonien lebten nebeneinander her, ohne viel von der jeweils anderen Seite zu erfahren. Bemühungen der Gemeinde zur Erlangung der Stadtrechte scheiterten zuletzt 1907 auf ganzer Linie, in dem Ablehnungsbescheid des Ministeriums wurde in aller Deutlichkeit erklärt, daß die Gemeinde weder nach räumlicher Entwicklung noch Zusammensetzung der Einwohnerschaft städtische Merkmale vorzuweisen habe, der enorm hohe

¹ Vgl. Keyser, Städtebuch, Bd. III/2, S. 77, Ziffer 6e.

² StadtA Bot, FcW-Ruhr, Ruhrpolen, Ihre Geschichte. Ihre heutige Situation 1961; Heinrich Frings, „Spätschicht im polnischen Querschlag“, aus: Ruhrgebiet, 5/1961, S. 15. Vgl. dazu Keyser, Städtebuch, Bd. III/2, S. 77, Ziffer 7.

³ Vgl. BArch 122/115, 62, Ber. Rieve; ebs. StadtABot, B I 10 Nr. 78, Die Leichte Artillerie, S. 1 f.

⁴ VestA, NL Lucas-Busemann, I.b/4, Antrag, S. 21.

⁵ Ebd., S. 19.

Anteil polnischsprachiger Einwohner wurde offenbar als ein Risiko angesehen.⁶ Letzteres eine Skepsis, die auch durch die Bemühungen polnischer Bergarbeiter um ihre organisatorische und sprachliche Eigenständigkeit schon vor der Jahrhundertwende befördert worden war, und die sich dann bei Kriegsende zu bestätigen schien: „Bottrop war der Ort im Ruhrgebiet, in dem sich die polnischen Bergarbeiter zuerst vom Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands trennten (1898 anlässlich einer Wahl zur Knappschaft). [...] Zahlreiche polnische Bergarbeiter standen in der Revolutionszeit auf Seiten der Radikalen.“⁷ Aussichten auf eine Stadtwerdung der Gemeinde waren nicht ansatzweise zu erkennen, Erhard Lucas kommentierte: „Die Verweigerung der Stadtrechte durch die übergeordneten Behörden entwickelt sich für die Führungsschicht zu einem Trauma. Verzweifelt bestreitet sie das Argument, daß die großen zugewanderten Arbeitermassen ein Sicherheitsrisiko seien, muß es dann aber in der Revolutionszeit erleben, daß dieses Argument schmerzliche Realität wird.“⁸ Die zu Tage tretenden Auswirkungen skizzierte Lucas so:

„In der Revolution 1918 wurde mit einem Schlage die Gefahr akut, daß die Gemeinde in zwei Teile auseinanderbrach, daß die Bergarbeiterschaft in den Vororten sich gegenüber der vom Dorf bestimmten Kommunalpolitik selbständig machte. Genau in diesen Riß trat der Arbeiterrat, [...] Die Sozialdemokraten hatten im Arbeiterrat die eindeutige Mehrheit; die Minderheit bestand aus drei Vertretern der christlichen Gewerkschaften, zwei Vertretern der polnischen Bergarbeiterschaft und einem Vertreter der USPD. Ende Dezember wurde der Arbeiterrat zwar auf Druck von unten etwas nach links erweitert, an seiner sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Ausrichtung änderte sich jedoch nichts. Seine Politik in Stichworten: Ruhe und Ordnung; Abwarten der schrittweisen Erfolge der Gewerkschaften bei den zentralen Verhandlungen mit dem Zechenverband; keinesfalls Beteiligung an der von Hamborn ausgehenden Streikbewegung. Das Resultat waren [...] Konflikte zwischen dem Arbeiterrat bzw. seiner Sicherheitswehr und den Zechenbelegschaften.“⁹

1. Hintergründe und Vorgeschichte 1918/19

Zu Beginn des Jahres 1919 herrschten von Düsseldorf bis Hamm teilweise anarchische Zustände, bei denen mancherorts auch auf eigene Rechnung operierende Verbrecherbanden unter dem Deckmantel der Sicherung revolutionärer Errungenschaften unbehelligt ihr Unwesen treiben konnten. An wechselnden Schauplätzen waren ständige Arbeitsunruhen, Einschüchterungsversuche, Bandenunwesen, Streiks und Streikversuche über Monate ebenso nahezu tägliche Realität wie Lebensmittelkrawalle, bei denen sich in vielen Fällen allerdings nicht etwa eine verzweifelte, hungernde Bevölkerung spontan zur gewaltsamen Beschaffung dringend benötigter Grundnahrungsmittel hatte hinreißen lassen, sondern vielmehr organisierte Trupps gezielt provozierte, überfallartige Aktionen inszenierten, bei denen vorrangig Luxusartikel zu Hehlerzwecken gestohlen oder gar gelagerte Lebensmittel vernichtet wurden - sei es in blindem Zerstörungswahn, sei es, um, wie Hans Spethmann, liberal-konservativer Wirtschaftsgeograph, Geologe und Historiker für den Ruhrkohlebezirk, mutmaßte, umso schneller weitere Massenradikalisierung herbeizuführen.¹⁰ Es kam zu verbissenen Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterschaft zwischen Gemäßigten und Radikalen, ständig ereigneten sich schwerste

⁶ Vgl. ebd., S. 24 ff.

⁷ Ebd., S. 38.

⁸ Ebd., S. 19.

⁹ Ebd., S. 26 f.

¹⁰ Vgl. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. II, S. 56.

Schlägereien, Gewalt- und Sabotageakte. Teilweise gewaltsam erzwungene Streikaktionen brachen aus, Hochöfen standen still, die Kohleförderung wurde mehrfach blockiert, so daß gerade die im Winter so dringend benötigten Kohlelieferungen ausfielen. Unbemerkt von der Öffentlichkeit starben derweil im Ruhrgebiet wie überall im Lande zahllose infolge der nach wie vor aufrecht erhaltenen Hungerblockade der englischen Sieger ohnehin schon stark geschwächte Kinder, Alte und Kranke in nicht oder nur unzureichend beheizten Wohnungen; allein die Todesanzeigen in den örtlichen Zeitungen dieser Tage sprechen eine beredte Sprache. Erheblich kompliziert wurde die ohnedies schon verworrene Lage überall noch weiter durch die politische Zersplitterung der neu installierten Räte, in denen sich tagestaugliche Kompromisse kaum noch finden ließen. Unter den dort vertretenen Radikalen gab es weitere Gruppierungen, deren ideologische und programmatische Unterscheidungen für den Außenstehenden kaum zu durchschauen waren, und die nicht zuletzt deshalb in zeitgenössischen Verlautbarungen in der Regel nach der einflußreichsten und bekanntesten Gruppierung pauschal als „Spartakisten“ bezeichnet wurden. Die Spartakisten hatten sich zunächst als eine oppositionelle Gruppierung innerhalb der SPD konstituiert, ihre namhaftesten Führer waren Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Die Gruppe war seit 1917 zunächst bei den von der SPD abgespaltenen „Unabhängigen“ der USPD, und ging ab Januar 1919 in der neu gegründeten KPD auf. Erhard Lucas beschrieb das Ruhrgebiet des Januar 1919 als „leopardenfellartig“ in Machtsphären unterteilt, wobei das westliche Revier von radikalen, das östliche von gemäßigt-sozialdemokratischen Räten beherrscht worden sei, die sich jeweils auf bewaffnete Arbeiterwehren stützten, wobei jede Machtsphäre auch noch ihre Enklaven hatte.¹¹ Eine solche Enklave war Bottrop, wozu Lucas anmerkte: „Der traurige Höhepunkt war die Eroberung des gemäßigten Bottrop durch radikale Arbeiterwehren aus Düsseldorf, Mülheim, Hamborn und Oberhausen und der Einsatz von Artillerie gegen das Bottroper Amtshaus am 19. Februar 1919.“¹² Bereits am 17. Dezember 1918 war der erste Ziviltote im Zusammenhang mit den Unruhen im Industrieviertel nach dem Ende des Krieges ein Bottroper Arbeiter gewesen, als in Gladbeck die Arbeiterwehr des dortigen Arbeiter- und Soldatenrats in einen von Bottrop kommenden Demonstrationzug streikender Bergarbeiter hineinschoss.¹³ Der im Bottroper Rathaus agierende, mehrheitlich sozialdemokratische bzw. gewerkschaftliche Arbeiter- und Soldatenrat, gemäßigt und auf Moderation ausgerichtet, versuchte, aufkeimende gewaltsame Konflikte nach Möglichkeit bereits im Keim zu ersticken, und im Sinne der gesamten Bevölkerung der Gemeinde vorrangig Ordnung und Sicherheit zu bewahren. Der nicht zuletzt durch das auf die spezifischen Bottroper Verhältnisse zugeschnittene Ortsstatut begründete Gegensatz zwischen Rathaus und Zechenbelegschaften blieb, in den Worten von Erhard Lucas, in der Gemeinde

„bis zum Ende der Revolutionszeit unaufgelöst. [...] In dem im Rathaus residierenden Arbeiterrat dominieren SPD und Gewerkschaften, große Teile der Zechenbelegschaften fühlen sich jedoch vom Arbeiterrat nicht vertreten, sie bilden ihre eigenen Zechenwehren. Der Arbeiterrat reagiert bereits nervös, als linksradikale Zeitungen in der Gemeinde verbreitet werden (der Verkäufer wird verhaftet und nach Recklinghausen transportiert); die sich von Hamborn ausbreitende Streikbewegung versucht er mit Waffengewalt von Bottrop fernzuhalten; gegen die radikalen Zechenwehren ging er mit seiner Sicherheitswehr vor, es gab Tote. Schließlich greifen bewaffnete Arbeiterwehren von auswärts (Düsseldorf, Mülheim, Hamborn) in die Bottroper Auseinandersetzungen ein und erobern unter Einsatz von Artillerie das Rathaus.“¹⁴

¹¹ Vgl. VestA, NL Lucas-Busemann, I.b/4, Antrag, 05/1984, S. 6 f.

¹² Ebd., S. 7.

¹³ Vgl. Lucas, Ursachen, S. 71.

¹⁴ VestA, NL Lucas-Busemann, I.b/4, Antrag, S. 18.

Der Gewerkschaftsbeamte Beelken beschrieb die Entwicklung in der Gemeinde in den ersten Monaten nach dem Ende des Krieges auf Anfrage eines Untersuchungsausschusses der Preußischen Landesversammlung zu den Unruhen im Rheinland und Westfalen:

„Sofort mit dem Ausbruch der Revolution bildete sich in Bottrop ein Arbeiterrat, der sich aus 9 Mehrheitssozialisten, 2 Polen, 3 Christlichen Gewerkschaftlern und 1 Unabhängigen zusammensetzte [...] Abgesehen von dem 1 Unabhängigen waren alle Arbeiterratsmitglieder bestrebt, nach Möglichkeit einmütig zu arbeiten. Die Massenversammlungen der Bergleute, deren anfangs täglich mehrere stattfanden, wurden gemeinsam mit Rednern beschickt und verliefen soweit zur Zufriedenheit der vernünftigen Arbeiterschaft. Die Gewerkschaften (Christliche, Freie und Polen) nahmen gewaltig an Mitgliedern zu. Aber schon bald zeigte sich, daß die Unabhängigen ein Sonderspiel trieben. Sie verschrieben sich auswärtige, in Bottrop völlig unbekannte Redner, [...] Diese peitschten die Leidenschaften auf und brachten die erste Verwirrung in die Kreise der Arbeiter. Die christlichen Redner wurden zuerst systematisch niedergeschrien, dann aber auch die Redner der anderen Gewerkschaftsrichtungen. [...] Inzwischen hatten die Spartakisten gegen alle Gewerkschaften gehetzt, verlangten aber im Arbeiterrat vertreten zu sein. Es wurden ihnen 3 Sitze eingeräumt unter dem Deckmantel der Unabhängigen. Nun aber war es mit einem vernünftigen Zusammenarbeiten vorbei. Fortgesetzt wurde der Ausschluß der Christlichen verlangt und dem Vorsitzenden das Mißtrauen ausgesprochen, bis dieser [...] das Amt als Vorsitzender niederlegte. Aber auch der neue Vorsitzende konnte den Unabhängigen und Spartakisten nichts mehr recht machen und bei jeder Gelegenheit stellten sie an den Vorsitzenden die Vertrauensfrage, bis wir die Sache am Ende leid waren und die ganze radikale Gesellschaft aus dem Arbeiterrat ausschlossen, weil eben ein Zusammenarbeiten nicht möglich war. Leider zogen sich auch die Polen zurück. Es wurde eine Sicherheitswehr gebildet (dies war nicht die jetzt noch bestehende Volkswehr). Die Spartakisten suchten mit Gewalt die Belegschaften der hiesigen Zechen zum Streiken zu zwingen. Die Sicherheitswehr griff tatkräftig ein und schützte die Arbeitswilligen. Auffallend war der Umstand, daß sich die Spartakisten in der übergroßen Mehrheit aus Polen zusammensetzten.“¹⁵

Werner Plenio, ein Offizier am Generalkommando in Münster, erinnerte sich aus dienstlicher Kenntnis sehr detailliert an die Querelen in und zwischen den verschiedenen Räten, die schließlich im Februar so dramatische Auswirkungen auf Bottrop zur Folge hatten:

„Im vorliegenden Fall war der General-Soldatenrat kommunistisch, der Arbeiter- und Soldatenrat in Essen unabhängig bis kommunistisch, der von Recklinghausen mehrheitssozialistisch. Die Soldatenräte der beiden Regimenter waren ohne klare politische Einstellung.[...] Das 80 000 Einwohner starke Bottrop, damals noch Dorf, gehörte zur Interessensphäre von Recklinghausen, trotzdem es sehr viel näher bei Essen lag und von dort aus mit der Strassenbahn zu erreichen war. Bestreben des Arbeiter- und Soldatenrates Essen war es, Bottrop sich einzuverleiben. Seine Position war dabei sehr günstig, weil er selber über sehr grosse Waffenbestände verfügte, ausserdem vom Generalsoldatenrat in Münster in seinen Bestrebungen unterstützt wurde.[...] Alle diese Vorgänge werden erst verständlich, wenn man berücksichtigt, dass das Generalkommando Anfang des Jahres 1919 über keinerlei verwendungsfähige Truppen verfügte.[...] Während somit in jenen Tagen das Generalkommando zur völligen Ohnmacht verdammt war, hatte sich der Generalsoldatenrat eine Schutzwehr von vielleicht 500 Mann altgedienter Soldaten geschaffen. Ebenso besaßen sämtliche Arbeiter- und Soldatenräte des Ruhrgebietes mehr oder weniger starke, festbesoldete Schutzwehren, alle sehr gut bewaffnet.“¹⁶

Plenio hatte infolge einer Fehlschaltung in seiner Münsteraner Dienststube ein Telefongespräch mitgehört, in dem der Arbeiter- und Soldatenrat Recklinghausen, wie Plenio schrieb,

¹⁵ GStA PK, I. HA Rep.90 A, Stm, J.Reg., Nr. 3793, Nr. 3228, VfgPrLV 1919/20, Ber. d. UA über Urs. u. Verl. d. Unruhen, Sp. 63 ff., Ber. d. Gew.beamten Beelken, Bot, vom 16. 06. 1919. Vgl. dazu StadtA Bot, BVZ 1-3/ 1919, 39/ 9, 12. 01. 1919, S. 3, „Die Lage in Bottrop“; ebs. ebd. Nr. 11, 15. 01. 1919, S. 2, „Der Arbeiter- und Soldatenrat“.

¹⁶ StadtABot, B I 10 Nr.78, Die Leichte Artillerie, Azg. d. „Illustrierten Halbmonatsschrift der Feldartillerie und verwandter Truppenteile,“ 6. Jg., Nr. 13/15, 01. 08. 1929, 12, „Im Ruhrgebiet, von Verkehrsdirektor Plenid, Oberstdorf,“ 2. Fassung, S. 1 f. Name und späteres Amt des Offiziers fehlerhaft angegeben, tatsächlich handelte es sich um den späteren Oberstdorfer Kurdirektor Werner Plenio, geb. 21. 04. 1893 in Burgsteinfurt; vgl. GemA MktObstd, Meldekarte Werner Plenio.

„die beiden Regiments-Soldatenräte dringend um militärischen Schutz bat, da die Bottroper Kommunisten für den nächsten Tag die Erstürmung der Zechen angedroht hätten. Recklinghausen stützte sich dabei auf ein Telegramm des damaligen Volksbeauftragten Ebert, in welchem Recklinghausen militärischer Schutz der Zechen zugesagt und Anweisung gegeben war, sich mit Münster in Verbindung zu setzen. Von diesen Verhandlungen hatte der General-Soldatenrat irgendwie Wind bekommen und sich zwischenschalten lassen. Da sämtliche Parteien möglichst gleichzeitig in den Apparat sprachen, gab es ein wirres Durcheinander, und die Verhandlungen schleppten sich, wie stets in solchen Fällen, endlos hin.“¹⁷

Plenios Schilderungen geben eine Vorstellung des Gerangels zwischen kommunistisch dominiertem General-Soldatenrat, mehrheitlich sozialdemokratischem Recklinghäuser Arbeiterrat, und entscheidungsscheuen militärischen Kommandostellen sowie den wenigen überhaupt verlässlichen Truppenteilen. Der Bottroper Polizeikommissar Breuer erläuterte in seinem Bericht zu der Eskalation in der Gemeinde die ersten Zwischenfälle des Januar 1919: „Am 12. Januar erfolgte der erste Anschlag der Spartakisten unter Führung von Korbel gegen das Amtshaus, wobei es zum Glück noch ohne Blutvergießen abging. Am 14. Januar bekamen wir Regierungstruppen. Bei Räumung der Straße wurde damals leider ein 14jähriges Mädchen erschossen.“¹⁸ Breuer unterlief ein Datierungsirrtum, das Mädchen war vermutlich durch einen Querschläger während einer Schießerei zu Tode gekommen, die am 13. Januar, dem Tag des Einrückens der kleinen Truppe aus Münster entstanden war, als die Soldaten von feindseligen, teilweise bewaffneten Zivilisten massiv bedrängt und beschimpft wurden, wobei auch versucht wurde, einzelnen Soldaten die Waffe zu entwenden. Die 14-jährige Emma Lasar erlitt einen Bauchschuß, an dem sie wenig später verstarb, das Projektil stammte nach einer anschließenden Untersuchung offenbar nicht aus einer Militärwaffe.¹⁹ Bereits am 7. Januar war eine rund einhundert Personen starke, bewaffnete Gruppe unter Führung eines Fabian Korbel aus Osterfeld gekommen, hatte ohne Erfolg versucht, das Bottroper Rathaus zu besetzen, und war nach anschließenden Plünderungen von Geschäften und einem Lebensmittellager auf Prosper III nach einer Woche schließlich von Polizei und Sicherheitswehr gestellt worden.²⁰ Der ehemalige Offizier Plenio hatte als loyaler Staatsdiener später nicht ausgesprochen, was zwischen den Zeilen aus seinen Ausführungen deutlich herauszulesen ist. Aus seinen Schilderungen ergibt sich, daß er selbst schließlich als nachgeordneter Offizier, lediglich mit Ermunterung und Duldung, aber ohne direkten Befehl des entscheidungsscheuen Regimentskommandeurs, eine kleine, nur schwach bewaffnete Truppe aus wenigen verfügbaren Freiwilligen zusammengestellt und auf die dringenden Bitten des Recklinghäuser Arbeiterrates nach Bottrop in Marsch gesetzt hatte, um einer ungefähr gleichzeitig vom Münsteraner General-Soldatenrat in Marsch gesetzten kommunistischen Abteilung zuvor zu kommen.²¹ Eine besondere Ironie war dabei, daß er selbst an besagte Abteilung zuvor noch auf Befehl die Bewaffnung hatte ausgeben müssen. Die Münsteraner Soldaten waren de facto nur auf der Grundlage eines vagen telegraphischen Versprechens von Friedrich Ebert mit guten Wünschen, aber ohne wirkliche Rückendeckung angerückt, sie konnten zunächst die Ordnung im Gemeindegebiet weitgehend herstellen und bewahren, u.a. sicherten sie einen weitgehend störungsfreien Verlauf der Wahlen zur Nationalversammlung in Bottrop am 19. Januar auch gegen

¹⁷ Ebd.

¹⁸ GStA PK, I. HA Rep.90 A, Stm, J.Reg., Nr. 3793, Nr. 3228, VfgPrLV 1919/20, Ber. d. UA über Urs. u. Verl. d. Unruhen, Sp. 61, Azg. BVZ vom 27. 02. 1919.

¹⁹ Vgl. StadtA Bot, BVZ 1-3/ 1919, 39/ 10, 14. 01. 1919, S. 2, „Die Lage in Bottrop“.

²⁰ Vgl. ebd., ebs., Nr. 20, 25. 01. 1919, S. 3, „Verhaftet“.

²¹ Vgl. ebd., B I 10 Nr. 78, Die Leichte Artillerie, S. 3 f.

vereinzelte bewaffnete Angriffe.²² Allerdings zogen alle Uniformträger im öffentlichen Raum, insbesondere in den Arbeiterwohnbezirken, zum Teil heftige Aversionen auf sich – dies umso mehr, nachdem in Berlin Anfang Januar der „Spartakusaufstand“ auf Befehl der Regierung militärisch niedergeschlagen und die beiden Spartakistenführer Luxemburg und Liebknecht durch Militärangehörige ermordet worden waren. Der örtliche Arbeiter- und Soldatenrat, der zuvor noch um Truppenentsendung in die Gemeinde nachgesucht hatte, bekam angesichts der zusehends gereizteren Stimmung kalte Füße und bedeutete den Soldaten nun, sie möchten sich doch bitte wieder entfernen. Ein isolierter Trupp in Kompaniestärke ist unter solchen Bedingungen kaum in der Lage, sich in städtischem Umfeld zu behaupten, und nach Plenios Schilderungen des Kompetenzgezerres im Vorfeld kann man sich in etwa vorstellen, aufgrund welcher Art von Entscheidungsfindung und Befehlsübermittlung die kleine Truppe schon bald wieder abgezogen werden mußte. Nachdem das Militär am 25. Januar abgerückt war, änderte sich die Lage nahezu sofort wieder. Als im Industrieviertel das Gerücht in Umlauf gebracht wurde, wonach die Zechenherren Gustav Noske, dem sozialdemokratischen Volksbeauftragten für Heer und Marine, Geld geboten hätten für den Fall einer Truppenentsendung in das Kohlrevier, geriet die Lage völlig außer Kontrolle, Spartakisten riefen am 6. Februar 1919 einen Generalstreik aus. Beim VII. Armeekorps in Münster agierte noch ein radikaler Soldatenrat, dessen Auflösung nun auf Befehl Gustav Noskes durch den neuen Kommandierenden General Oskar von Watter veranlasst wurde.²³ Die Spartakisten werteten dies als neuerliche Herausforderung und proklamierten in Mülheim eine „Nordwestdeutsche Republik“, deren erste Amtshandlungen in einem Verbot sämtlicher Kohlelieferungen und verstärkten Aufrufen zum Generalstreik bestanden.²⁴ Am 10. Februar war der als entschiedener Gegner der sozialistischen Bestrebungen massiv angefeindete stellvertretende Leiter der Zeche „Fürst Leopold“, der 33-jährige Otto Kohlmann, in dem unmittelbar nördlich von Bottrop gelegenen Dorsten-Hervest auf dem Heimweg in der Dunkelheit von zwei radikalisierten Bergleuten erschossen worden.²⁵ Der zuständige Untersuchungsrichter, Staatsanwalt Weidenhaupt, konnte in der feindseligen Umgebung von Koloniewohnern, Arbeiterrat und radikaler Sicherheitswehr keine ordnungsgemäßen Ermittlungen durchführen, woraufhin Landratsamt in Recklinghausen und Generalkommando in Münster einen von Noske gebilligten Sicherheitseinsatz von Truppen vereinbarten.²⁶ Erhard Lucas relativierte in dem Zusammenhang Anklagen gegen Noske und das Militär, indem er einräumte, daß 1918/19 in der Region „eine Anhäufung struktureller Gewalt explodierte, die von keiner Organisation im Griff zu behalten war“.²⁷ Der Einmarsch der Regierungstruppen zunächst nach Dorsten wurde von Seiten radikaler Arbeitervertreter sofort als Signal zum Losschlagen genutzt, mit der später kurz als „Mülheimer Beschlüsse“ bezeichneten Entscheidung einer radikalen Minderheit wurde ein Generalstreik proklamiert, wobei das Verbrechen von Hervest die Streikleitung nicht davon abhielt, in ihren Proklamationen unter Auslassung oder Verdrehung des tatsächlichen Geschehens zu verkünden: „Es ist Arbeiterblut geflossen![...] Eine zügellose Soldateska steht vor den Toren des Ruhrkohlengebiets!“²⁸ Daß die Entschlossenheit der radikalen Akteure in Konfrontation mit einem

²² Vgl. ebd., BVZ 1-3/ 1919, 39/ 15, 20. 01. 1919, S. 3, „Schießerei“.

²³ Vgl. Abelshäuser/ Himmelmann, Revolution, Dok. 35: Die Absetzung des General-Soldatenrates in Münster am 11. 02. 1919, S. 58 f.; ebs. Benoist-Mechin, Kaiserreich, S. 189.

²⁴ Vgl. ebd.

²⁵ Vgl. VestA, NL Lucas-Busemann, I.b/4, Antrag, 05/1984, S. 19; ebs. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. 1, S. 198.

²⁶ Vgl. VestA, NL Lucas-Busemann, I.b/4, Antrag, 05/1984, S. 19.

²⁷ Ebd., S. 22.

²⁸ Zitiert nach: Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. I, S. 205.

ebenfalls entschlossenen und mit ausreichenden Machtmitteln ausgestatteten Gegenüber dabei allerdings auch ziemlich schnell kleinlaut in sich zusammenbrechen konnte, ließ sich sehr anschaulich schon am westlichen Rand des Industriereviers beobachten. Als die Streikbewegung auf die in der belgischen Besatzungszone gelegenen Betriebe übergriff, erklärte die Besatzungskommandantur den Streikenden kurz und bündig, wenn sie nicht binnen 24 Stunden die Arbeit wieder aufnahmen, würde den Arbeiterfamilien die Lebensmittelversorgung entzogen und die Streikführer nach Belgien deportiert. Der Streik wurde umgehend abgebrochen.²⁹ Der Ruhrgebietschronist Hans Spethmann bezeichnete den Beschluß zum Generalstreik insgesamt als eine arglistige Täuschung der Arbeiterschaft, da er nicht von den eigentlich zuständigen Vertretern der Arbeiter- und Soldatenräte des Industriebezirkes gefasst wurde, sondern von wahllos zusammengekommenen spartakistischen Gruppen, die jede Gegenmeinung sofort niedergeschrien, und den so erzwungenen vorgeblichen Beschluß nach ihrem Sinne eigenmächtig veröffentlicht hätten.³⁰ Der Aufruf wurde am 17. Februar 1919 verbreitet, noch am selben Tage verwarften sich in einer Vertrauensleutesitzung Mehrheitssozialisten und Vertreter der Freien Gewerkschaften mit scharfen Worten dagegen und wiesen die Verantwortung für die Folgen Syndikalisten und Kommunisten zu.³¹ Auf einer einen Tag später stattfindenden Konferenz der Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte des gesamten Industriebezirks im Essener Saalbau wurde eine offene Aussprache von den Radikalen zunächst durch Verfahrenstricks wie endlose Geschäftsordnungsdebatten blockiert, schließlich wurden die Vertreter der gegen den Streik eingestellten Mehrheit durch ständige lautstarke Zwischenrufe am Reden gehindert und durch massivste physische Gewalt und Waffendrohung eingeschüchtert. Als dann schließlich die Radikalen unter sich waren, wurden die Mülheimer Beschlüsse durch die Ausrufung des sofortigen Generalstreiks bestätigt.³² Die zuvor rabiat ausgebootete Mehrheit erließ sofort Gegenproklamationen, in einem noch am 18. Februar ausgegebenen Flugblatt der mehrheitssozialistischen Teilnehmer der Konferenz im Essener Saalbau hieß es: „[...] können wir Mord und Plünderung, wie in Hervest-Dorsten und Gelsenkirchen, nicht verhindern, werden wir nicht der Banden Herr, die mit der Knarre in der Faust unsere Bergleute an der Arbeit hindern, so ist es die Pflicht der Regierung, Ordnung zu schaffen!“³³

Die Lage geriet nun in kürzester Zeit völlig außer Kontrolle. Umgehend setzte eine zügellose Hetzpropaganda ein, durch die der Boden für nachfolgende Gewalttaten erst recht vorbereitet wurde. In tausendfach verbreiteten Anschlägen und Flugblättern hieß es: „Die Noskemeute ist losgelassen! Mordend und plündernd durchziehen sie die bisher friedlichen Ortschaften Rheinland-Westfalens![...] Eine zügellose Soldateska [...] will auch hier die revolutionäre Bewegung im Blute der Arbeiter ersticken![...] Die weißen Garden [...] sind mordend ins Ruhrgebiet eingezogen.[...] ihr Blutdurst kennt keine Grenzen.“³⁴ Verantwortlich für derart blutriefende Hetzereien waren keine Arbeiter, sondern einmal mehr der nur allzu oft anzutreffende Typus des pseudointellektuellen Schreibtischtäters im sicheren Hintergrund.³⁵ Nach der Ausweitung der Streikbewegungen und

²⁹ Vgl. Severing, Im Wetter, S. 51.

³⁰ Vgl. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. I, S. 205.

³¹ Vgl. ebd., S. 206.

³² Vgl. ebd., S. 206 f.

³³ Zitiert nach: Ebd., S. 210. Vgl. Abelshäuser/ Himmelmann, Revolution, Dok. 36: Die MSPD gegen den Generalstreik, S. 59 ff.

³⁴ Zitiert nach: Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. I, S. 212 f.

³⁵ Einer der Hauptverantwortlichen soll nach Spethmann ein Kölner Schriftsteller namens Gröttrup-Hagedorn gewesen sein, der in Gelsenkirchen eine Zeitung „Die rote Zeche“ herausgab und auch als Mitunterzeichner von Aufrufen in Erscheinung trat. Vgl. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. I, S. 215.

Verschärfung der Lage im gesamten Industrieviertel an Rhein und Ruhr Anfang Februar 1919 waren von der Regierung die beiden kurz zuvor in Bremen eingesetzten Freikorps von Roden/ Marinebrigade und Gerstenberg sowie das etwa 750 Mann starke, in Hagen aufgestellte Freikorps des Hauptmanns Otto Lichtschlag in Marsch gesetzt worden. Noch vor dem Eintreffen dieser Verbände kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen einigen eilig zusammengewürfelten und schlecht organisierten linkssozialistisch-spartakistischen Kampfgruppen und wenigen noch im Revier verfügbaren regierungstreuen Kräften. Eine erste Maßnahme bei Dienstantritt des zwischenzeitlich neu ernannten Kommandierenden Generals des Münsteraner Generalkommandos, Oskar von Watter, war am 11. Februar 1919 die Verhaftung und anschließende Auflösung des dortigen Generalsoldatenrates gewesen, der noch kurz zuvor die Angehörigen der Freiwilligen-Einheiten aufgefordert hatte, ihre Führer erforderlichenfalls „rücksichtslos“ abzusetzen.³⁶ Vor dem Hintergrund der in Münster zwischenzeitlich deutlich veränderten Lage sammelten sich nach dem noch von der unsicheren vorherigen Münsteraner Führung verfügten, verfrühten Abzug der kleinen Reichswehrtruppe des Oberleutnant Plenio bereits wenig später starke Gruppen von Radikalen in der unmittelbaren Umgebung von Bottrop. In genauester Erkenntnis der sich stündlich bedrohlicher zuspitzenden Lage, die warnenden Vorzeichen dabei in der eigenen Gemeinde längst nicht mehr zu übersehen, hatte es derweil die verantwortliche Bottroper Gemeindegemeinschaft in Gestalt der beiden Amtsbeigeordneten Brinkmann und Schmitz vorgezogen, sich angesichts mehrerer Hundert schwer bewaffneter Radikaler, die sich seit Tagen in den keine zehn Kilometer entfernten Nachbargemeinden Osterfeld und Sterkrade zusammenrotteten, mit fadenscheiniger Begründung am 16. Februar nicht nur aus dem Rathaus, sondern sicherheitshalber gleich ganz aus dem Gemeindegebiet davonzumachen. Das Recklinghäuser Landratsamt als zuständige Kontrollbehörde umging danach eine Präsenz im Gemeindegebiet mit der Begründung, man wolle sich nicht in die internen Belange der Gemeinde einmischen, und hielt sich ansonsten bedeckt. Die Gemeinde stand damit in für jedermann erkennbar hochgefährlicher Lage ohne verantwortliche Spitze. Zur gleichen Zeit betonte zu allem Überfluß auch noch der Essener Oberbürgermeister, der parteilos nationalliberale spätere Reichskanzler (1925/26) Hans Luther, dem die dramatische Zuspitzung der Lage und das massierte Auftreten schwerbewaffneter Radikaler in der unmittelbaren Nachbarschaft ebensowenig entgangen sein konnte, noch am 17. Februar in einem Dringlichkeitstelegramm an die Reichsregierung, Entsendungen von Truppen seien unbedingt zu vermeiden, die Lage sei mit den vor Ort anwesenden Sicherheitskräften unter Kontrolle.

³⁶ Vgl. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. I, S. 200 f.

2. Das Rathaus-Massaker vom 19. Februar

Vom 18. Februar berichtete ein Betriebsführer der Schachtanlagen Nordstern I/II in Horst-Emscher über Bestrebungen eines ortsfremden Trupps, auf Nordstern einen Streik zu erzwingen. Der von der nahe gelegenen, eine halbe Stunde Fußweg von Bottrop entfernten Zeche Mathias Stinnes gekommene Trupp handelte offenbar in Abstimmung mit den zur gleichen Zeit im benachbarten Bottrop auftretenden Gruppen. Das Unterfangen auf Nordstern mißlang gründlich, etliche der Ortsfremden mußten gar derbe Prügel einstecken.³⁷ Bei dem inzwischen nach Dorsten vorgerückten Freikorps Lichtschlag notierte der Verbandsführer in seinem Einsatzbericht: „Aus Bottrop kamen vom ersten Tage des Einzuges in Dorsten dauernd Hilferufe; in der Stadt wurde geplündert, die Spartakisten beschlagnahmten Lebensmittel und unternahmen sonstige Raubzüge gegen die Stadt. Die Bürgerwehr war nicht mehr in der Lage, diese Raubzüge zu verhindern.“³⁸ Unter diesen Vorzeichen verübte schließlich am 19. Februar eine seit dem vorangegangenen Sonntag, dem 16. Februar, zunächst mit kleineren Trupps in das Gemeindegebiet vorgedrungene, schwer bewaffnete linkssozialistisch-spartakistische Gruppe in wahrscheinlich vierstelliger Kopfstärke einen Angriff mit Artillerieunterstützung auf das Bottroper Rathaus, wobei die verfügbaren Zahlenangaben zu den Angreifern auf glaubwürdigen zeitgenössischen Schätzungen beruhen, sich aber nicht mehr mit Sicherheit feststellen lassen. Die Angreifer stellten an die Rathausbesatzung ein Ultimatum zur Übergabe des Gebäudes bis 15 Uhr. Da die von Gemeinde- und Kreisverwaltung im Stich gelassene, um Freiwillige der örtlichen Sicherheitswehr aus der Bürgerschaft verstärkte Besatzung des im Rathaus befindlichen Polizeipostens aufgrund irreführender Fehlinformationen stündlich mit dem Anrücken der Regierungstruppen aus Richtung Dorsten rechnete,³⁹ versuchte diese zunächst, das Rathaus zu halten. Schließlich aber mußten die Verteidiger vor der Übermacht der Angreifer, die über Minenwerfer und Maschinengewehre verfügten, kapitulieren. Beim Verlassen des Gebäudes nach der Kapitulation wurde unter den nun wehrlosen Verteidigern ein Blutbad angerichtet, bei dem 12 der Männer zumeist mit Gewehrkolben erschlagen wurden, zwei weitere erlagen ihren schweren Verletzungen wenige Tage später. Gerhardt Schultze-Pfaelzer, zeitweilig ein enger Vertrauter Paul von Hindenburgs, der eine bemerkenswert ausgewogene Darstellung der Geschehnisse dieser Zeit verfasste, in der er Übergriffe beider Seiten unterschiedslos brandmarkte, kommentierte: „Einen Tag nach dem Essener Gewaltbeschluß erlebt Bottrop ein Blutbad, daß in der Geschichte des ersten revolutionären Ruhrkampfes nicht seinesgleichen hat. Die Radikalen haben sich später alle erdenkliche Mühe gegeben, diesen Massenmord durch falsche Darstellungen zu vertuschen, aber ihr Massaker läßt sich nicht aus ihrem Schuldbuch löschen.“⁴⁰ In seinem wenige Tage nach dem grauenvollen Geschehen, am 25. Februar, vor dem Gemeinderat vorgetragenen Bericht schilderte der Bottroper Polizeikommissar Breuer die Tragödie und die unmittelbare Vorgeschichte in ihren Einzelheiten:

„Am Sonntag den 16. Februar kam es nun auf der Dorstener Straße zu einem Zusammenstoß zwischen einer Abteilung der Bottroper Volkswehr mit Sterkrader Spartakisten, die auf dem Rückzuge von Dorsten waren. Am gleichen Tage wurde der Hegemeister Lackmann von den Spartakisten nach Sterkrade abgeführt. Herr Lackmann hatte zwei Schüsse erhalten, einen ins Bein und einen in die Hand. Die Nacht darauf wurde das Rathaus Bottrop von etwa 80 Spartakisten angegriffen. Sie wurden aber bald in die Flucht gejagt. Am folgenden Tage wurden wir von Prosper 2 um Hilfe gerufen.

³⁷ GStA PK, I. HA Rep.90 A, Stm, J.Reg., Nr. 3793, Nr. 3228, VfgPrLV 1919/20, Ber. d. UA über Urs. u. Verl. d. Unruhen, Sp. 70. Die Zeche Mathias Stinnes, aus der die fremde Gruppe gekommen war, befand sich in Gelsenkirchen-Horst, nur einen bzw. sechs Kilometer entfernt zwischen Nordstern und Bottroper Rathausplatz. Anm.d.Verf.

³⁸ StadtABot, B I 10, Nr. 78, RchA Spa.: Westf. FK Lichtschlag, S. 19. Bei der angegebenen Kopfzeile des Dokumentes handelt es sich um einen Vermerk der Truppe aus dem Jahre 1919, vgl. dazu auch Hinweise des Verfassers zum Quellen- und Literaturverzeichnis. Anm. d. Verf.

³⁹ Vgl. dazu Abelshäuser/ Himmelmann, Revolution, Dok. 37: Die Waffenstillstandsverhandlungen zwischen dem VII. Armee-Korps und den Arbeiter- und Soldatenräten des Industriebezirks in Münster, Protokoll der Verhandlungen vom 21. 02. 1919, S. 61 ff.

⁴⁰ Schultze-Pfaelzer, Von Spa, S. 273.

Wir schickten Leute hin, welche die 5 Spartakisten entwaffneten und die Waffen mitbrachten, die anderen Spartakisten sind geflüchtet. In der darauf folgenden Nacht hob eine Abteilung unserer Volkswehr die Spartakistenwache auf Prosper 1 auf und machte 17 Gefangene. Die Spartakisten hatten außerdem einen Toten und zwei Verwundete. Die Gefangenen wurden morgens um 5 Uhr eingeliefert. Am Nachmittag des 18. Februar wurde die Lage immer drohender. Die Spartakisten fuhren Geschütze auf.[...] Die folgende Nacht vom Dienstag zum Mittwoch war ruhig. Am nächsten Morgen hörten wir, daß Geschütze im Anmarsch seien [...] Um ½ 2 Uhr nachmittags wurden wir vom Hauptanführer von Sterkrade aus aufgefordert, die weiße Fahne hochzuziehen und sämtliche Waffen auf dem Rathausplatze niederzulegen. Im Hinblick auf die zu erwartende Unterstützung von Regierungstruppen lehnten wir dies ab und richteten uns auf die Verteidigung ein. Um ¼ 4 fielen die ersten Artillereschüsse [...] Der große Keller des Rathauses war voll Dunst, da die Gasleitung getroffen war, bald hatten wir keine Verbindung mehr mit draußen. Wir hätten das Rathaus wohl noch eine Zeitlang halten können, aber nicht so lange, bis die Truppen einmarschierten. Um 6 Uhr ließ ich die weiße Flagge vom Meldeamt aushängen. Es wurde uns nun zum Vorwurf gemacht, es seien nachher noch 5 Schüsse gefallen; das ist richtig, ließ sich jedoch nicht vermeiden. Ich hatte sofort sämtlichen Büros Bescheid geben lassen, konnte aber nicht gleichzeitig auf allen Seiten die weiße Fahne aushängen lassen. Das aus den Leitungen entströmte Gas war inzwischen aus dem Keller heraufgedrungen. Als wir uns ergeben hatten, wurde sofort gerufen: Spartakisten und Unabhängige heraus! Es traten vor Ender, Piefke, Sittek, Ackermann und Banko, denen passierte nichts. Sie sahen zu, wie unseren Beamten die Schädel eingeschlagen und auch der Arbeiterrat Werner totgeschlagen wurde. [...] Bis zur Übergabe hatten wir nur einen Toten, Gendarmeriewachtmeister Hundt und zwei Verwundete, darunter Kriminalkommissar Kiewelip.“⁴¹

Im späteren Prozeß vor dem Essener Schwurgericht sagte ein ehemaliger Schreiber der Osterfelder Sicherheitswehr aus: „Ich sah, wie gegen Einbruch der Dunkelheit die Leuchtkugeln in die Luft gingen. Das bedeutete die Einstellung des Geschützfeuers. In demselben Augenblick verstummten die Geschütze und der Sturm begann unter großem Lärm. Auf dem Platze war ich Zeuge des Gemetzels. Ich sah, wie ein Beamter nach dem anderen mit dem Kolben erschlagen wurde.“⁴² In dem Bericht des Bottroper Gewerkschaftsbeamten Beelken an den Untersuchungsausschuss der Preußischen Landesversammlung heißt es zu der Eskalation:

„Am 19. Februar rückten Spartakisten von Hamborn, Mülheim, Ratingen und Düsseldorf in Stärke von mehreren tausend Mann heran, mit Geschützen, Minenwerfer, Handgranaten, Maschinengewehren und anderen Waffen. Es entspann sich eine regelrechte Schlacht, worin nach mehrstündiger Dauer sich die Verteidiger des Amtshauses ergeben mußten. Wir hatten höchstens 80 Mann zur Verfügung.[...] 18 Verteidiger blieben tot auf dem Kampfplatz, 2 sind nachträglich noch gestorben,[...] leider haben auch Unbeteiligte bei dem Angriff ihr Leben eingebüßt. Eine Verkäuferin in einem Konfektionsgeschäft wurde erschossen, weil sie die Spartakisten verraten haben sollte. Ein Arbeiter von Prosper I wurde kurzer Hand erschossen, als er aus dem elektrischen Wagen vor der Zeche ausstieg und kundgab, er wolle arbeiten.“⁴³

Ein anderer Zeuge erinnerte sich Jahre später:

„Um in dem Keller nicht elend zusammengeschossen oder abgeschlachtet zu werden, mußten die Verteidiger der Aufforderung der Spartakisten, den Keller einzeln durch die engen Kellerlöcher zu verlassen, Folge leisten. Das war nur in gebückter Haltung möglich. Draußen vor jedem Kellerloch standen mehrere Spartakisten mit erhobenen Gewehrkolben. Zeigte sich der Kopf eines Verteidigers, wurde zugeschlagen. Wer schnell genug war und Glück hatte, kam mit Kolbenschlägen auf den Rücken davon.[...] Die Überlebenden waren alle übel zugerichtet.[...] Keienburg lief noch mit gespaltenem Schädel bis zur Mitte des Rathausplatzes und brach dort zusammen. Selbst dann noch schlug man auf ihn ein,[...] Unter dauernden Schmähungen, unter Hohn und Spott und dem immer lauter und dringender werdenden Verlangen. 'schneidet ihnen die Hälse ab' und 'schlägt sie tot' mußten die Gefangenen ein wahres Spießrutenlaufen durchmachen.[...] Und wenn nicht ein paar Führer der Begleitmannschaft,[...] sich schließlich

⁴¹ GStA PK, I. HA Rep.90 A, Stm, J.Reg., Nr. 3793, Nr. 3228, VfgPrLV 1919/20, Ber. d. UA über Urs. u. Verl. d. Unruhen, Sp. 61 ff., Azg. BVZ vom 27. 02. 1919. Vgl. dazu StadtA Bot, BVZ 1-3/ 1919, 39/ 42-43, 19. 02. 1919, S. 2, Bottrop 21. Februar, „Die Einnahme des Rathauses durch Spartakus“; diese Meldung nach Vorgabe des ASR der Rathausbesetzer, Anm. d. Verf.; vgl. ebs. Abelshausen/ Himmelmann, Revolution, Dok. 37: Die Waffenstillstandsverhandlungen zwischen dem VII. Armee-Korps und den Arbeiter- und Soldatenräten des Industriebezirks in Münster, Protokoll der Verhandlungen vom 21. 02. 1919, S. 63.

⁴² StadtA Bot, B I 10 Nr. 78, Aus BA-Berichten 1919, ZtArt. „Nach russischem Muster“.

⁴³ GStA PK, I. HA Rep.90 A, Stm, J.Reg., Nr. 3793, Nr. 3228, VfgPrLV 1919/20, Ber. d. UA über Urs. u. Verl. d. Unruhen, Sp. 63 ff., Ber. d. Gew.beamten Beelken, Bot, 16. 06. 1919.

schützend vor die Wehrlosen gestellt hätten mit dem Hinweis, daß sie später erschossen würden, weiß Gott, ob auch nur einer am Leben geblieben wäre!“⁴⁴

Etliche Gefangene wurden als Geiseln unter ständigen Bedrohungen, wobei einige besonnene Bewacher Schlimmeres verhinderten, in das Mülheimer Gefängnis verbracht.⁴⁵ Nachdem das Freikorps Lichtschlag wenige Tage später schließlich nach Bottrop vorgerückt war, wurden die Geiseln von einer Abordnung der Gemeinde mit einem Lastkraftwagen der Bottroper Luggesmühle zurück geholt.⁴⁶ Die Täter des Verbrechens auf dem Rathausplatz konnten derweil unbehelligt in der Masse der Angreifer untertauchen, von denen die meisten sich nach dreitägigem Intermezzo im Bottroper Rathaus vor den heranrückenden Regierungstruppen schleunigst in Sicherheit gebracht hatten. Die Gemeinde wurde am 23. Februar weisungsgemäß durch Truppen des Freikorps Lichtschlag besetzt. Die Besetzung erfolgte ohne nennenswerte Gegenwehr, ein Vortrupp von je sechs Offizieren und Meldereitern entwaffnete eine im Rathaus versammelte Gruppe von etwa 30 Radikalen, ehe diese zu ihren Waffen greifen konnten, und die meisten der noch in der Gemeinde anwesenden Aufrührer flohen in Richtung Sterkrade,⁴⁷ während die Bottroper Spartakisten und Unabhängigen jeglichen Widerstand aufgaben.



Abb. 1: Dragoner des Freikorps Lichtschlag auf der Bottroper Hochstraße, 23. Februar 1919

Direkt am Tag des Einrückens der Truppe begab sich auch der Münsteraner Oberkommandierende, General von Watter, an den Ort des schrecklichen Geschehens, um sich selbst ein Bild der Lage zu machen und beruhigend auf die Bevölkerung einzuwirken: „Gestern weilte der Kommandierende General, Exzellenz v.Watter, hier, nahm mit verschiedenen Arbeiterführern und Vertretern der Bürgerschaft Fühlung und versicherte, daß die Regierung durchgreifende Maßnahmen zur

⁴⁴ StadtABot, B I 10, Nr. 78, ZtArt. „Ein BA-Leser erzählt“, Bottroper Anzeiger, 19. 03. 1934.

⁴⁵ Vgl. StadtA Bot, BVZ 1-3/ 1919, 39/ 46, 25. 02. 1919, S. 1, „Einzelheiten über die Ereignisse der letzten Woche“.

⁴⁶ Vgl. ebd., Nr. 45, 24. 02. 1919, S. 3; ebs. ebd., B I 10, Nr. 78, ZtArt. „Ein BA-Leser erzählt“, Bottroper Anzeiger, 19. 03. 1934: „Die Formalitäten der Übergabe schienen ewig zu dauern. Und schon begann es im Lager der Spartakisten bedrohlich zu rumoren, denn die Gefolgschaft war mit der Freilassung der Gefangenen durchaus nicht einverstanden und verlangte deren Niedermetzlung. Alarmrufe wurden laut, und erregtes Geschrei verhielt nichts Gutes. Da, in höchster Not, handelte ein Führer der Roten, seine Verantwortung richtig erfassend, selbständig und öffnete mit dem Gefängnissschließer in rasender Eile die Zellentüren. Schnell waren die Gefangenen heraus und dann sauste der Wagen auch schon mit den glücklich Geretteten in den dunklen Abend.“

⁴⁷ Vgl. StadtABot, B I 10, Nr. 78, RchA Spa., Westf. FK Lichtschlag, S. 20. Vgl. Anm. zu FN 38.

Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Bottrop treffen werde“,⁴⁸ meldete die örtliche Presse. Das Freikorps war dann in Bottrop in keinerlei Kämpfe mehr verwickelt und übte lediglich kurzfristig polizeiliche Ordnungsfunktionen aus.⁴⁹

3. Der Fall des Alois Fulneczek

Die Bottroper Spartakisten und Unabhängigen hatten jeglichen Widerstand aufgegeben, nachdem, wie Spethmann schrieb, „es einer Patrouille geglückt war, einen der bewaffneten Anführer, namens Fuldzennek[sic], zu überrumpeln. Als er zum Untersuchungsgefängnis abtransportiert wurde, widersetzte er sich dem Posten, es kam zu einer Schießerei, wobei er sein Leben einbüßte.“⁵⁰ Ungeachtet der nie in anderem Sinne geklärten Umstände des Vorfalls wurde später in Verlautbarungen unterschiedlichster Art eine willkürliche Festnahme unter Mißhandlung und die vorsätzliche Tötung des Alois Fulneczek aus reiner Mordlust durch die Truppe, zumeist in Verbindung mit einem Foto des Festgenommenen auf dem Bottroper Altmarkt, als Tatsache suggeriert. Der Linkssozialist Emil Julius Gumbel, mit seiner Schrift „Vier Jahre politischer Mord“ eine Art „godfather“ der Geschichtsinterpretationen zu den Ereignissen in Deutschland in den ersten Nachkriegsjahren aus der Sicht der politischen Linken, hatte den Vorfall in seiner o.a. Zusammenstellung wie folgt aufgeführt:

„Der Bergmann Aloys Fulneczek in Bottrop, Fulenbrockstr. 24, war am 19. Februar 1919 als Delegierter der K.P.D. mit Delegierten der anderen Parteien zum Kommandanten der einrückenden Truppen des Hauptmann Lichtschlag zwecks Verhandlungen gegangen. Auf dem Rückwege wurde er von den Truppen festgehalten, mißhandelt, ins Gerichtsgefängnis in Bottrop eingeliefert und dort in der Zelle von dem Regierungssoldaten Heuer in Gegenwart eines zweiten Soldaten von hinten erschossen. Heuer wurde wegen Totschlags vor dem Militärgericht angeklagt, aber auf die Aussage seines Begleiters hin freigesprochen, weil er angeblich in Notwehr gehandelt.“⁵¹

Fulneczek wurde in Bottrop durch Soldaten des Freikorps Lichtschlag am Tag des Einrückens in die Gemeinde, dem 23. Februar, festgenommen.⁵² Auf dem erwähnten, auf dem Bottroper Altmarkt aufgenommenen Foto ist Alois Fulneczek zu sehen auf dem Weg in die Haft in Begleitung einiger Soldaten und Zivilisten. Er ist mit Hut, Mantel, Weste mit Uhrkette, korrekt gekleidet in normalem Schritt, aufrechter Körperhaltung und gefasstem Gesichtsausdruck zu sehen, Spuren einer Mißhandlung des Festgenommenen sind auf dieser Aufnahme nicht zu erkennen.⁵³ Die begleitenden Soldaten haben ihre Waffen locker geschultert, kein Unterführer hat eine Hand am Holster, niemand hält eine Waffe im Voranschlag. Die Aufnahme vermittelt den Eindruck eines ruhigen Ablaufs von Festnahme und Überführung bei gemäßigttem Verhalten beider Seiten.

⁴⁸ GStA PK, I. HA Rep.90 A, Stm, J.Reg., Nr. 3793, Nr. 3228, VfgPrLV 1919/20, Ber. d. UA über Urs. u. Verl. d. Unruhen, Sp. 61, Azg. BVZ, 24. 02. 1919; ebs. StadtA Bot, BVZ 1-3/ 1919, 39/ 45, 24. 02. 1919, S. 3.

⁴⁹ Die Herausgeber einer Neuauflage von Emil Julius Gumbels Schrift „Verschwörer“ setzten 60 Jahre nach den Geschehnissen die Aufnahme von Dragonern des FK Lichtschlag auf der Bottroper Hochstraße auf die Titelseite; vgl. Gumbel, Verschwörer, 1979 (Neuaufgabe). dortige Bildunterschrift: „Schwadron des Freikorps Lichtschlag, im Ruhrgebiet Freikorps Totschlag genannt, in Bottrop 1919.“

⁵⁰ Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. I, S. 223. Vgl. StadtA Bot, BVZ 1-3/ 1919, 39/ 45, 24. 02. 1919, S. 3.

⁵¹ Gumbel, Vier Jahre, S. 14 f.

⁵² Vgl. dazu auch RLS, Peter Berens, „Über den Bottroper Revolutionär Alois Fulneczek“, unter <https://www.rosalux.de/news/id/4150/>, ag. 17. 03. 2019.

⁵³ Vgl. StadtABot, Fotobestand D 2011.



Abb. 2: Alois Fulneczek nach der Festnahme am 23. Februar in Begleitung von Soldaten und Zivilisten in Höhe des Bottroper Altmarkts

Emil Julius Gumbel führte zu dem Fall noch aus: „Wegen der Erschießung des Aloys Fulneczek aus Bottrop ist von der Staatsanwaltschaft Essen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Es mußte eingestellt werden, weil der beschuldigte Heuer bereits durch rechtskräftiges Urteil des Kriegsgerichts [...] von der Anklage des Totschlags freigesprochen worden war.“⁵⁴ Gumbel zählte den Fall des Alois Fulneczek uneingeschränkt zu seiner Auflistung der politischen Morde der Rechten, was voraussetzte, daß er dem Münsteraner Militärgericht von vornherein Korruption und den beteiligten Soldaten Lüge unterstellte. Tathergang und -umstände konnten jedoch nie in anderem Sinne geklärt werden; wie Gumbel mit seinem Verweis auf die Einstellung des späteren Essener Ermittlungsverfahrens letztlich selbst einräumen mußte, existierten keine nachprüfbaren Belege oder gegenteiligen Zeugenaussagen, nach denen die Darstellung der beteiligten Soldaten vor dem Militärgericht und dessen anschließendes Urteil in Frage gestellt und ein zivilrechtliches Verfahren, möglicherweise unter anderer Schwerpunktsetzung, hätte eingeleitet werden können. Die Frage einer möglichen Mitverantwortung des Alois Fulneczek für die kurz zuvor geschehenen Mordtaten am Bottroper Amtshaus wurde von Gumbel gar nicht erst thematisiert.⁵⁵ Fulneczek wurde gezielt gesucht und festgenommen, die ortsfremden Soldaten hatten offenbar keinerlei Schwierigkeiten, ihn sofort aufzufinden. Gezielte Suche und zügige Festnahme legen nahe, daß aus der Gemeinde heraus schwerwiegende Anschuldigungen bzw. Verdachtsmomente gegen Fulneczek vorgebracht worden waren und örtliche Behördenvertreter und möglicherweise auch einzelne Bürger sich in diesem Sinne mit konkreten Hinweisen an der Festnahme beteiligt hatten; daß

⁵⁴ Gumbel, Vier Jahre, S. 16 f., Denkschrift. Das Militärgericht der 13. ID in Münster hatte in dem Urteil vom 27. 03. 1919 Putativnotwehr angenommen. Vgl. ebd.

⁵⁵ Vgl. ebd.; ebs. Theweleit, Männerphantasien, Bd. 2, S. 209; dort mit der Bildkommentierung: „Abgeführt von Freikorpsoldaten. Kurz vor der Tötung.“ Ebs. StadtABot, Bucksteeg, Josef: Roter Terror und Weißer Schrecken - Die Revolutionsjahre 1919 und 1920 in Bottrop (2001), S. 52.

Fulneczek mit den geschehenen Verbrechen überhaupt nicht in Verbindung zu bringen gewesen wäre, kann ohnehin kaum angenommen werden. Fulneczek war ein führender Kopf der Bottroper Linksradiكالen, auf den Netzseiten der Berliner Rosa-Luxemburg-Stiftung wird zu dem dort so bezeichneten „Bottroper Revolutionär Alois Fulneczek,[...] der am 23. 2. 1919 von Soldaten des Freikorps Lichtschlag ermordet wurde“, angemerkt: „Zwischen dem 16. und 19. Februar kam es in Bottrop zu Kämpfen zwischen bewaffneten Arbeitern und bürgerlicher Volkswehr, die besiegt wurde. Auf dem Rathaus wurde die rote Fahne gehisst. Alois Fulneczek hielt vom Rathausbalkon eine Rede.“⁵⁶ Es ist nicht ersichtlich, aus welcher Quelle der Verfasser die Kenntnis der im hier letzten Satz sehr konkreten Darstellung ableitete. Es kann daher auch nicht ausgeschlossen werden, daß mit frei erfundener Zugabe lediglich die doch eher unscheinbare Geschichte einer für die eigenen politischen Zielsetzungen propagandistisch vereinnahmten Person dramaturgisch aufgewertet werden sollte. Wenn Alois Fulneczek aber tatsächlich kurz nach den geschehenen Mordtaten vom Balkon des Gebäudes herab, also in Sichtweite zu den Erschlagenen auf dem direkt darunter liegenden Platz, eine Ansprache gehalten hat, hat er die Verbrechen auch mitbekommen. In der Darstellung der Rosa-Luxemburg-Stiftung wird nicht erwähnt bzw. es ist nicht bekannt, daß Fulneczek während des Geschehens versucht hätte, in irgendeiner Form dagegen einzuschreiten oder Hilfe herbeizurufen. Im weiteren Verlauf hatte er als einer der Wortführer der radikalen Gruppen keine Initiative gezeigt, die Mörder aus den eigenen Reihen zumindest auszusondern.

Demnach bleibt festzuhalten: Alois Fulneczek wurde am 23. Februar keineswegs im Sinne einer Willkürmaßnahme durch Soldaten des Freikorps Lichtschlag festgenommen. Er wurde vielmehr festgenommen auf Veranlassung der örtlichen Polizeibehörde mit Amtshilfe durch die Truppe, weil er der Beteiligung an schweren Verbrechen verdächtig war. Für die Mutmaßung einer Mißhandlung des Festgenommenen liefert die einzige greifbare Quelle, das oben erwähnte Foto seiner Eskortierung nach erfolgter Festnahme durch Angehörige der Truppe über den Bottroper Altmarkt zum von dort noch etwa 500 m entfernten Haftlokal am Rathaus keinerlei erkennbare Indizien. Die in den lange nach den Geschehnissen formulierten, in Teilen nachweislich falschen, nach Hörensagen formulierten Darlegungen von Emil Julius Gumbel und darauf aufbauenden, ähnlichen späteren Verlautbarungen enthaltenen Unterstellungen gegen das Münsteraner Militärgericht, Essener Staatsanwaltschaft und beteiligte Soldaten beruhen auf weltanschaulich und emotional bedingter Voreingenommenheit Außenstehender. Ob Alois Fulneczek nach erfolgter Festnahme und Inhaftierung doch im Sinne von Lynchjustiz getötet wurde, läßt sich nicht beweisen, kann allerdings aber auch nicht mit Bestimmtheit ausgeschlossen werden. Zum Zeitpunkt seines Todes waren die entstellten Leichen der erst vier Tage zuvor auf dem Rathausplatz Ermordeten noch aufgebahrt, die Spuren des Verbrechens noch deutlich zu sehen, und einige der schwer traumatisierten Überlebenden des Massakers bewegten sich höchstwahrscheinlich am Ort des Geschehens in unmittelbarer Nähe des Verhafteten. In einer solchen Situation könnte dann z.B. bereits eine einzige unbedachte Äußerung oder Geste des Verdächtigen in psychisch ohnehin extrem angespannter Lage eine unkontrollierte Emotionsaufwallung mit tödlichen Folgen auslösen - was dann zweifellos mindestens als Totschlag im Affekt zu bewerten wäre. Was auch immer mit oder ohne strafrechtliche Relevanz damals genau abgelaufen sein mag, ist nicht mehr zu ergründen. Zu beklagen und zu betrauern ist ein derartiges Geschehen in jedem Fall; eine Unschuldsfeststellung

⁵⁶ RLS, Peter Berens, „Über den Bottroper Revolutionär Alois Fulneczek“; unter <<https://www.rosalux.de/news/id/4150/>> ag. 17. 03. 2019.

für den so Getöteten und spätere Märtyrisierung läßt sich daraus ebensowenig ableiten wie moralisierende und sich ohnehin verbietende, verallgemeinernde Schuldzuweisungen.

4. Nachwirkungen

Nach der Flucht der auswärtigen radikalen Gruppen aus der Gemeinde erging an die Bottroper Arbeiterschaft ein Aufruf der vier am Ort wichtigsten Bergarbeiterverbände:

„Kameraden! Wir warnen euch, diesen Elementen, die wie Raubmörder in Bottrop hausten und Gefangene abschlachteten, wie dies noch nicht einmal von Senegalesen in der Kriegszeit geschah, Gefolgschaft zu leisten. Die Reue darüber würde zu spät kommen.[...] Die Morde in Hervest-Dorsten, die Schandtaten in Bottrop zeigen, wo das deutsche Volk, die Bergarbeiterschaft, von den Spartakisten hingeführt wird. Durch Mord und Brand in Not und Elend! [...] Verteidigt eure Berufsinteressen, aber leistet den Räubern und Mördern von Bottrop keine Gefolgschaft! [...] Helft das neue Deutschland schützen gegen bolschewistische Verwüstung!“⁵⁷

Die polnischen Arbeitervertreter wurden nun mehr denn je beargwöhnt: „Zahlreiche polnische Bergarbeiter standen in der Revolutionszeit auf seiten der Radikalen. Nach der entscheidenden Konfrontation am 19. Februar 1919 wurden ihre Vertreter ebenso wie die der USPD und des Spartakusbundes aus dem Arbeiterrat ausgeschlossen.“⁵⁸ Bereits fünf Tage nach der Besetzung Bottrops, am 28. 02., rückte das Freikorps Lichtschlag von dort wieder ab nach Düsseldorf, wozu der Korpsbericht in Bezug auf die vorangegangenen Bottroper Ereignisse anmerkte: „Sehr tätig war in Düsseldorf die Kriminal-Abteilung des Korps; ihr gelang es, sehr viele Leute die an den Bottroper Greuel teilgenommen hatten, zu verhaften.“⁵⁹ Es stellte sich heraus, daß sich eine erhebliche Zahl linkssozialistisch-spartakistisch eingestellter Düsseldorfer Polizisten an dem Angriff auf das Bottroper Amtshaus beteiligt hatten, wodurch sich ein weiterer, psychologisch nicht zu unterschätzender Aspekt des grauenvollen Geschehens eröffnet.⁶⁰ Zu den Bottroper Vorkommnissen vermerkte der Bericht der Truppe noch: „Es musste grundsätzlich darauf hingewiesen werden, dass es bei richtiger Einschätzung möglich gewesen wäre, sowohl die Bottroper Greuel wie die demütigenden Verhandlungen des Gen.Kdos. mit den Aufrührern zu ersparen.“⁶¹ Hans Spethmann kommentierte später ähnlich, und wies dabei auch der seinerzeitigen Essener Stadtspitze einen deutlichen Schuldanteil zu, wonach das furchtbare Geschehen überhaupt nur möglich geworden sei, weil eine rechtzeitige Entsendung ausreichender Schutzkräfte für die Bevölkerung in der Region unterblieben sei infolge des Verhaltens des Oberbürgermeisters Luther, der angesichts der längst offenkundigen Absichten der Radikalen noch am 17. Februar im Zusammenwirken mit dem Essener Arbeiter- und Soldatenrat telegraphisch gegenüber der

⁵⁷ StadtA Bot, BVZ 1-3/ 1919, 39/ 45, 24. 02. 1919, S. 2, „Ein Aufruf der Bergarbeiterverbände“; ebs. ebd., Bucksteeg (op. cit.), S. 11 f., Gemeinsames Flugblatt von Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Gewerkverein christlicher Bergarbeiter, Gewerkverein Hervest-Dorsten, Abtl. Bergarbeiter, Polnische Berufsvereinigung, Februar 1919 (Faksimile).

⁵⁸ VestA, NL Lucas-Busemann, I.b/4, Antrag, S. 38.

⁵⁹ StadtABot, B I 10, Nr.78, RchA Spa.: Westf. FK Lichtschlag, S. 18. Vgl. Anm. zu FN 38.

⁶⁰ Ein weiterer, zumeist unerwähnt bleibender Personenkreis auf Seiten der Radikalen waren offenbar auch einige Deserteure der belgischen Besatzungstruppen, vgl. dazu Abelshäuser/ Himmelman, Revolution, Dok. 37 : Die Waffenstillstandsverhandlungen zwischen dem VII. Armee-Korps und den Arbeiter- und Soldatenräten des Industriebezirks in Münster, Protokoll der Verhandlungen vom 21. 02. 1919, S. 66.

⁶¹ StadtABot, B I 10, Nr.78, RchA Spa.: Westf. FK Lichtschlag, S. 18. Vgl. Anm. zu FN 38. Vgl. hierzu Abelshäuser/ Himmelman, Revolution, Dok. 37: Die Waffenstillstandsverhandlungen zwischen dem VII. Armee-Korps und den Arbeiter- und Soldatenräten des Industriebezirks in Münster, Protokolle der Verhandlungen vom 21. und 22. 02. 1919, S. 61 ff.

Reichsregierung ausdrücklich betont habe, Truppenentsendungen seien unbedingt zu vermeiden.⁶² Etliche der an den Bottroper Geschehnissen beteiligten Personen aus Bottrop, Sterkrade und anderen umliegenden Orten wurden im Verlaufe des Jahres 1919, in der Regel wegen Landfriedensbruch, teilweise in Tateinheit mit Totschlag, von Essener Gerichten zu Freiheitsstrafen verurteilt.⁶³ Der zuständige Staatsanwalt meinte: „Schon der Zug gegen Bottrop an sich ist so entsetzlich, daß der Gesetzgeber ganz andere Strafen festgelegt haben würde, wenn er so etwas hätte. Was in Bottrop geschah, ist nichts anderes als der Anfang des Bürgerkrieges“. ⁶⁴ Die Angeklagten kamen samt und sonders mit milden Strafen davon, schlimmstenfalls wurden drei Jahre Zuchthaus verhängt.⁶⁵ „Im Zentrum der Repression von 1919 stehen die hohen Gefängnis- und Zuchthausurteile der ordentlichen und außerordentlichen Justiz“, ⁶⁶ meinte Erhard Lucas, was zumindest angesichts der im Zusammenhang mit dem Bottroper Rathausmassaker verhängten Strafen als gewagte Dramatisierung erscheint. Im Oktober 1919 ergingen nochmals Sicherheitshaftbefehle gegen einzelne flüchtige Personen, die an den Geschehnissen des Februar in Bottrop beteiligt gewesen waren.⁶⁷ Die meisten der Inhaftierten von 1919 wurden dann im folgenden Frühjahr zu Beginn des auf den gescheiterten Berliner Kapp-Putsch folgenden, linkssozialistischen „Ruhraufstands“ vom März/April 1920 wiederum unter massiver Gewaltanwendung aus den Gefängnissen geholt.

Die ungeheuerliche Verantwortungsflucht bzw. -verweigerung der örtlichen Behördenspitzen im Vorfeld des Massakers hatte dagegen überhaupt keine straf- oder wenigstens dienstrechtlichen Konsequenzen. Schon bald nach der Beruhigung der Lage kam es statt dessen zwischen Gemeindeverwaltung und Landratsamt darüber zu einer zutiefst peinlichen Auseinandersetzung, die schließlich in ein behördliches Kompensationsgeschäft mündete. Die Bemühungen der Gemeinde zur Erlangung der Stadtrechte waren, wie erwähnt, zuletzt 1907 auf ganzer Linie gescheitert, da ausreichende städtische Strukturen nicht gegeben waren; realistische Aussichten auf eine Stadtwerdung der Gemeinde waren nicht zu erkennen. Auch der Arbeiter- und Soldatenrat hatte erfolglos versucht, die aussichtslos erscheinenden Bemühungen der Vorkriegsjahre wieder aufleben zu lassen. Folgerichtig meinte Erhard Lucas zu den Beweggründen der Rathausverteidiger, daß „das alte Trauma“ sich in der Realität zu beweisen gedroht habe, wonach Bottrop aus der Sicht der übergeordneten Gremien und Behörden nicht reif sei für eine kommunale Selbstverwaltung: „Als deshalb am 19. Februar 1919 die sozialdemokratische und christliche Mehrheit des Arbeiterrats beschloß, das Rathaus trotz der gegnerischen Übermacht bis zum letzten Mann zu verteidigen, handelte sie genau in der Tradition der Bottroper Kommunalpolitik.“⁶⁸ Tatsächlich hatte sich an den von der Regierung seinerzeit zur Ablehnung der Bottroper Begehren angeführten Gegebenheiten wenig bis gar nichts geändert, man konnte auch mit einiger Berechtigung den Standpunkt vertreten, die Situation habe sich im Gegenteil sogar noch weiter verschlechtert, auch der Gedanke einer

⁶² Vgl. Spethmann, Zwölf Jahre, Bd. I, S. 229 f.

⁶³ Vgl. GStA PK, I. HA Rep.90 A, Stm, J.Reg., Nr. 3793, Nr. 3228, VfgPrLV 1919/20, Ber. d. UA über Urs. u. Verl. d. Unruhen, Spalte 65 ff.

⁶⁴ StadtABot, B I 10, Nr. 78, Aus BA-Berichten 1919, ZtArt. „Warum Bottrop fallen mußte, Staatsanwalt Dr. Weidenhaupt in der Anklagerede“, 17. 07. 1919. Weidenhaupt hatte auch den Mord an dem Zechenleiter Kohlmann vom 10. Februar in Hervest-Dorsten bearbeitet, und nach den ersten Erfahrungen dort über das zuständige Recklinghäuser Landratsamt den Anstoss gegeben für die Entsendung der Truppen. Anm.d.Verf.

⁶⁵ Vgl. ebd., Aus BA-Berichten 1919, ZtArt. „Mildes Urteil“.

⁶⁶ VestA, NL Lucas-Busemann, I.b/4, Antrag, S. 3.

⁶⁷ Vgl. StadtAPb, G 703, RP, Nr. I P 1869., Geh., SicherheitshaftBfl. GenKdo. Münster, Minden, 06. 10. 1919, Abschr.: „Panz,[...] Lauterfeld,[...] Grüter,[...] Musli, sämtlich zur Zeit in Mülheim a./Ruhr sind in militärische Sicherheitshaft zu nehmen, weil sie im Februar 1919 in Bottrop bei bestehendem Belagerungszustand sich des Landfriedensbruch schuldig gemacht haben, weshalb sie auch mit hohen gerichtlichen Strafen belegt worden sind.“

⁶⁸ VestA, NL Lucas-Busemann, I.b/4, Antrag, S. 27.

möglichen Angliederung an den großen Nachbarn Essen stand noch im Raum. Nun aber hatte zynischerweise der gewaltsame Tod der Männer auf dem Rathausplatz wenig später indirekt einen überraschenden Durchbruch in der für die weitere Entwicklung der Kommune so eminent wichtigen Frage zur Folge, den sich dann ausgerechnet auch noch die zuvor im Moment der Bewährung geflohene Verwaltungsspitze als ihren Erfolg ans Revers heften durfte. Zu dem unwürdigen Schauspiel, das nach dem furchtbaren 19. Februar von Landratsamt und Gemeindeverwaltung inszeniert wurde, lieferte Erhard Lucas eine scharfsinnige Analyse:

„Drei entscheidende Tage (so lange dauerte die rote Besatzung) war die Gemeindeverwaltung ohne Kopf, was in der Bürgerschaft heftig kritisiert wurde. Als dies im Gemeinderat zur Sprache kam, bemängelte ein Gemeindeverordneter, daß sich auch aus Recklinghausen kein Vertreter des Landratsamtes habe blicken lassen und die Führung der Gemeindeverwaltung übernommen habe. Dazu nahm der Stellvertreter des Landrats in einer weiteren Sondersitzung des Gemeinderats Stellung und erklärte, das sei absichtlich unterblieben: 'Bottrop ist eine große Gemeinde und trägt sich mit der Absicht, in Kürze Stadt zu werden. Es hat einen durchaus städtischen Betrieb und eine sehr umfangreiche Verwaltung. Die Gemeinde würde sich deshalb mit Recht lebhaft beklagt haben, wenn so ohne weiteres ein Verwaltungsbeamter des Landratsamtes hier in die Verwaltung eingegriffen hätte.' So wurde die große Auseinandersetzung der Vorkriegszeit liquidiert, indem man sich jetzt, nach der entscheidenden Zuspitzung, bei der es auf die Übernahme von Verantwortung angekommen wäre, gegenseitig die Schuld zuschob. Und so wird eine bittere Pille dagegewesen sein, als am 21. Juli 1919 der Gemeinde von der preußischen Regierung der Weimarer Koalition endlich die ersehnten Stadtrechte verliehen wurden.“⁶⁹

Der Analyse von Erhard Lucas bleibt kaum etwas hinzuzufügen. Anlaß zu besonderer Freude konnte die Statuserhöhung vor diesem Hintergrund nicht mehr sein - haftete doch der Verleihung der Stadtrechte ausgerechnet jetzt ein allzu deutlicher Ludergeruch an. Es läßt sich, wie bei den meisten innerbehördlichen Mauscheleien zu gegenseitigem Nutzen, nichts „gerichtsverwertbar“ beweisen, aber: Die entsprechenden Bottroper Bemühungen der Vorkriegsjahre waren mit durchaus schlüssigen Begründungen abgewiesen worden, der Gemeinde fehlten grundlegende Voraussetzungen für eine Stadtwerdung. An diesen Gegebenheiten hatte sich wenig geändert, es gab keine wirklich nachvollziehbare Begründung, die eine Revision der früheren Ablehnungen und die nunmehr gegenteilige Entscheidung hätte rechtfertigen können. Ganz aktuell hätte sogar das so totale wie offensichtliche Versagen der Gemeindeführung in schwerster Krisenlage mit den verheerenden Folgen ein gefährliches neues Gegenargument dargestellt. Allerdings hatte das Recklinghäuser Landratsamt in der nämlichen Situation ebenso offensichtlich und in ähnlicher Weise versagt. Es kann hier durchaus vermutet werden, daß nun beide Seiten über soviel beschämendes, ungesühntes Versagen so schnell wie möglich den Mantel des Schweigens decken wollten. Damit mußte an der Verleihung der Stadtrechte an Bottrop just zu diesem Zeitpunkt zwangsläufig der Ruch eines schäbigen Kompensationsgeschäftes haften, wodurch dann auch die „Stadt“ Bottrop letztlich als ein nicht wirklich gewolltes Kind der Revolution dastand.

Die Ermordeten vom Bottroper Rathausplatz wurden nach der anlässlich ihrer Beisetzung auf dem Westfriedhof am 26. Februar 1919 unter großer Anteilnahme der Bevölkerung stattgefundenen, größten öffentlichen Trauerfeier der Bottroper Stadtgeschichte⁷⁰ in der Folgezeit selbst in ihrem Heimatort schließlich dem allmählichen Vergessen anheim gegeben.

⁶⁹ Ebd., S. 28.

⁷⁰ Vgl. StadtABot, BVZ 1-3/ 1919, 39/47, 26. 02. 1919, S. 2, „Lokales“; ebs. ebd., 39/ 48, 27. 02. 1919, S. 3, „Die Beerdigung der Opfer“.

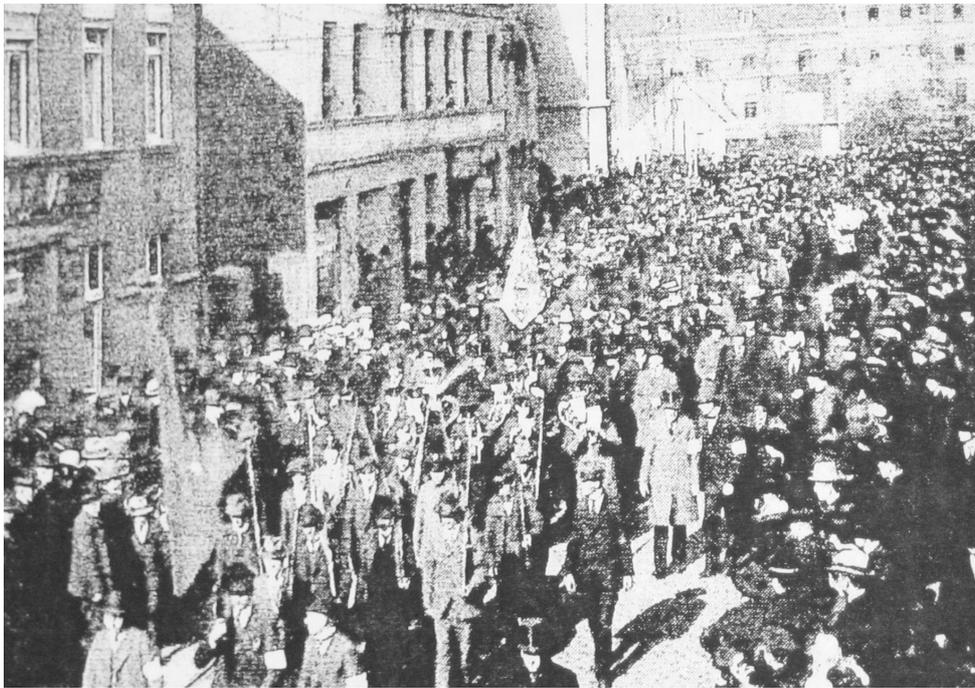


Abb. 3: Trauerzug am 26. Februar für die Opfer des Rathaus-Massakers auf der Hochstraße.

Die Toten waren als Gefallene - auch das, streng genommen, eine Lüge - auf dem Westfriedhof auf dem für die in der Heimat Erde bestatteten Gefallenen des Weltkrieges bereitgestellten Gräberfeld beigesetzt worden. Man ehrte sie, indem später auf der dort errichteten Stele zu den Kriegsjahren 1914-1918 das Jahr 1919 gesondert aufgeführt wurde,⁷¹ was seither zu mancher Grübelelei unter interessierten Besuchern des Friedhofes geführt haben dürfte. Einzel- wie Familienschicksale und grausige Todesumstände der Opfer des Rathausmassakers hinterließen aber offenbar keine größere Gewissensnot in den Verwaltungsspitzen, denn selbst aus ihrer Fürsorgeverantwortung für die Hinterbliebenen der Ermordeten stahl sich die zwischenzeitlich zur Stadt avancierte Kommune schon wenig später noch heraus. Nachdem der Gemeinderat zunächst beschlossen hatte, den Hinterbliebenen eine angemessene Versorgung zu gewähren, dies auch öffentlich pressewirksam den Einzelnen gegenüber beurkundet hatte, wählte sich die junge Stadt dann schon vier Jahre später an die gegebenen Zusagen nicht mehr gebunden. Mordopfer wie Tatumstände und Verantwortlichkeiten bereits weitgehend in Vergessenheit geraten, strich die Stadtkasse die mit großer Geste zugesicherten Versorgungszahlungen an die Hinterbliebenen, man verwies kühl auf das Tumultschadengesetz, und ließ damit nun auch noch die Hinterbliebenen im Stich. Und auch mit diesem Wortbruch kam man wieder davon, bis in die 1950-er Jahre kämpfte eine der Witwen vor den Verwaltungsgerichten erfolglos dagegen an.⁷² Nachdem das abgelegte öffentliche Bekenntnis, den „in treuester Pflichterfüllung“ Ermordeten „ein dauerndes, ehrendes Andenken“ zu bewahren,⁷³ somit als eher halbherzig gesehen werden kann, wurden die Toten dann zunächst in den Jahren der NS-Herrschaft im Rahmen regimetyperischer Totenfeiern propagandistisch

⁷¹ Vgl. FbUuG-A.68 Bot, 68/4, Historie Friedhöfe, Entstehung der Friedhöfe ab 1826, Wolfgang Siepmann: Der Westfriedhof, Bl. 4.

⁷² Vgl. StadtABot, B I 10, Nr. 78, ZtArt. WAZ-Bot, Nr. 42, 19. 02. 1959.

instrumentalisiert.⁷⁴ In den 1950-er Jahren, im Zeichen des Kalten Krieges, wurde ihrer dann, die sie nunmehr „für die Aufrechterhaltung der demokratischen Ordnung“ ihr Leben gegeben hatten,⁷⁵ seitens der Stadt durch jährliche Kranzniederlegungen am Ehrenmal auf dem Westfriedhof gedacht. Anlässlich der fünfzigsten Wiederkehr des so schwer belasteten Datums im Februar 1969 besann sich die Stadt noch einmal in etwas größerem Rahmen der Ermordeten. Oberbürgermeister Ernst Wilczok legte am Ehrenmal auf dem Westfriedhof einen Kranz nieder, und lud dazu auch die letzten noch lebenden Angehörigen der Männer ein,⁷⁶ die man noch einmal als ermordete „Verteidiger demokratischer Freiheit“ bezeichnete.⁷⁷ Von den meisten Chronisten wurden die Opfer des Bottroper Rathausmassakers bzw. das Verbrechen überhaupt fürderhin verschwiegen, marginalisiert oder relativiert, und schließlich wurden sie auch in ihrer Heimatstadt faktisch vollständig vergessen. In der Gegenwart erinnert abseits der Gräber auf dem Westfriedhof nichts an die Tragödie vom 19. Februar 1919.

⁷³ Vgl. ebd., B I 10, Nr. 78, Zeitg.annonce d. Stadt Bottrop, Gedenktafel „In treuester Pflichterfüllung“, Zeitg.Azg., o.Dt., o. Herkunftsangabe.

⁷⁴ Vgl. ebd., B I 10, Nr. 78, versch. Zeitg.Azg. d. 1930-er u. 1940-er Jahre, darunter BA, 20. 02. 1934, 17. 02. 1939.

⁷⁵ Vgl. ebd., B I 10, Nr. 78, Azg. BVZ, Nr. 38, 15. 02. 1955.

⁷⁶ Vgl. ebd., BVZ, 39/47, 26. 02. 1919, Nachruf der Gemeinde, o.S. Karl Jona und August Kamps erlagen ihren schweren Verletzungen nach Drucklegung des Nachrufes. Vgl. ebd., B I 10, Nr. 78, Zeitg.annonce d. Stadt Bottrop.

⁷⁷ Vgl. ebd., B I 10, Nr. 78, Azg. WAZ-Bot, Nr. 49, 19. 02. 1969.

Zeittafel

Januar / Februar 1919

Groß angelegte Streikaktionen, es kommt zu teilweise schweren Übergriffen durch bewaffnete Gruppen im Bottroper Gemeindegebiet,
Anfang Januar scheitert ein erster Versuch einer Gruppe Radikaler, das Amtshaus zu erstürmen, Plünderungen und Schießereien im Ort,
die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar werden in Bottrop unter militärischem Schutz durchgeführt,
schwere Konflikte zwischen Arbeiterrat bzw. Sicherheitswehr und einzelnen, bewaffneten Zechenwehren sowie innerhalb der Zechenbelegschaften mit Toten und Verwundeten.

16./17. Februar 1919

Die Gemeindeführung verlässt das Gemeindegebiet, um sich angesichts mehrerer Hundert schwer bewaffneter Radikaler in nächster Nachbarschaft persönlich in Sicherheit zu bringen, das Landratsamt in Recklinghausen will sich auf Anfrage nicht in Bottroper Belange einmischen, die Gemeinde steht damit in gefährlichster Lage ohne verantwortliche Führung, der Essener Oberbürgermeister Luther wendet sich bei der Regierung derweil noch dringend gegen einen Sicherungseinsatz von Militär in der Region, da die Lage ruhig und unter Kontrolle sei.

18. Februar 1919

Als das Bottroper Amtshaus von großen Gruppen schwer bewaffneter Radikaler bedroht wird, entscheidet der Leiter des Polizeipostens gemeinsam mit der Sicherheitswehr, das Gebäude bis zum Eintreffen des aus Richtung Dorsten stündlich erwarteten militärischen Entsatzes zu verteidigen.

19. Februar 1919

Das Amtsgebäude wird zunächst verteidigt, zahlreiche Opfer insbesondere auf Seiten der Angreifer durch Abwehrfeuer und Fehlschüsse eigener Waffen („friendly fire“), nachdem der erwartete Entsatz nicht herangeführt wird und sich Gas aus einer durch Artillerietreffer beschädigten Leitung im Gebäude ausbreitet, kapitulieren die Verteidiger, beim Verlassen des Gebäudes werden 12 wehrlose Männer erschlagen, zwei weitere erliegen in der Folgezeit ihren schweren Verletzungen.

23. Februar 1919

Vor den anrückenden Regierungstruppen fliehen die Besetzer bis auf wenige Personen, die von einem Voraustrupp entwaffnet werden; ein Wortführer der Besetzer kommt nach seiner Festnahme in der Haft durch eine Gewehrkugel ums Leben.

26. Februar 1919

Mit der größten öffentlichen Trauerkundgebung der Bottroper Stadtgeschichte werden die Ermordeten des 19. Februar beigesetzt, den Toten wird seitens der Gemeinde dauerhaft ehrendes Andenken, den Hinterbliebenen eine großzügige Versorgung zugesichert.

Juli 1919

Der Gemeinde werden nach einer Absprache zwischen Gemeindeg Spitze und Landratsamt von der Preußischen Staatsregierung die Stadtrechte verliehen.

1924

Die Stadt Bottrop lässt das später errichtete Ehrenmal für die Kriegsgefallenen um den Zusatz „1919“ erweitern, die Stadtkasse streicht den Hinterbliebenen der Opfer des Rathausmassakers die zugesicherte Versorgung und verweist statt dessen auf das Tumultschadengesetz, eine der Witwen klagt bis in die 1950er Jahre erfolglos dagegen.

Die Namen der vierzehn Männer, die am 19. Februar 1919 vor dem Bottroper Rathaus ermordet wurden:

August Balthasar
Alfred Böhm
Werner Ehlers
Paul Freitag
August Huck
Carl Jandt
Karl Jona
August Kamps
Heinrich Keienburg
Josef Moschner
Emil Pletz
Ignatz Thelen
Hermann Werner
Hermann Winter

Quellen und Literatur

Hinweise des Verfassers:

Titel von publizierten Materialien sind in den Zitationsnachweisen als Kurztitel aufgeführt, bestehend aus dem Namen des Verfassers sowie mindestens einem Schlagwort aus dem jeweiligen Titel:

„Severing, Im Wetter“ statt „Severing, Carl, 1919/20 im Wetter- und Watterwinkel, Bielefeld 1927“.

In den Nachweisen findet sich eine Nennung „Reichsarchiv Spandau“: Ein Reichsarchiv Spandau hat nicht bestanden, es handelt sich um den Beginn der Kopfzeile des bezogenen Dokumentes aus dem Jahre 1919, dies zum Zeitpunkt der Ausfertigung des Schriftstückes vermutlich eine mißverständliche postalische Zuordnung des seinerzeit verantwortlichen Schreibers an eine militärbehördliche Sammelstelle. Die Benennung der Kopfzeile ist hier erforderlich zur zielgenauen Auffindung des Dokumentes, da dieses sich unter Sammel-Signatur des Stadtarchivs Bottrop in einer lose kartonierten Sammlung von etwa fünfzig unterschiedlichen, nicht weiter gekennzeichneten Dokumenten verschiedenster Herkunft befindet.

A. Archivalien folgender Institutionen

(GStA PK) Geheimes Staatsarchiv, Preußischer Kulturbesitz, Archivstraße 12–14, 14195 Berlin.

Stadt Bottrop: (StadtA Bot) Stadtarchiv, Blumenstraße 12-14, 46236 Bottrop ;

(FbUuG-A.68 Bot) Fachbereich Umwelt und Grün, Amt 68, Brakerstr. 74, 46238 Bottrop.

(Barch) Bundesarchiv, Stö. Frbg., Militärarchiv, Wiesentalstraße 10, 79115 Freiburg .

(GemA MktObstd) Gemeindearchiv Markt Oberstdorf, Prinzregenten-Platz 1, 87561 Oberstdorf.

(StadtAPb) Stadt- und Kreisarchiv Paderborn, Pontanusstr. 55, 33102 Paderborn.

(VestA) Stadt- u. Vestisches Archiv, Hohenzollernstr. 12, 45659 Recklinghausen.

B. Publierte Quellen

Abelshäuser, Werner/ Himmelmann, Ralf (Hg.): Revolution in Rheinland und Westfalen, Quellen zu Wirtschaft, Gesellschaft und Politik 1918-1923, Essen 1988.

Keyser, Erich (Hg.): Deutsches Städtebuch, Handbuch deutscher Städte, Bd.III, 2: Westfälisches Städtebuch, Stuttgart 1954.

Severing, Carl: 1919/1920 im Wetter- und Watterwinkel. Aufzeichnungen und Erinnerungen, Bielefeld 1927.

C. Literatur

Benoist-Mechin, Jacques, Geschichte der deutschen Militärmacht 1918-1946, Bd.1: Das Kaiserreich zerbricht: 1918-1919, Oldenburg 1965.

Gumbel, Emil Julius: Verschwörer - Beiträge zur Geschichte und Soziologie der deutschen nationalistischen Geheimbünde seit 1918. Nachdruck der Originalausgabe Wien 1924, Heidelberg² 1979.

Ders.: Vier Jahre Politischer Mord, Berlin 1922: Nachdruck Heidelberg 1980.

Lucas, Erhard: Ursachen und Verlauf der Bergarbeiterbewegung in Hamborn und im westlichen Ruhrgebiet, Duisburger Forschungen 15, Duisburg 1971.

Schultze-Pfäelzer, Gerhard: Von Spa nach Weimar, Leipzig 1929.

Spethmann, Hans: Zwölf Jahre Ruhrbergbau. Aus seiner Geschichte von Kriegsbeginn bis zum Franzosenabmarsch 1914-1925, Bd.1, Aufstand und Ausstand bis zum zweiten Generalstreik April 1919, Berlin 1928.

Theweleit, Klaus: Männerphantasien, Bd.1, Frauen, Fluten, Körper, Frankfurt a.M. 1977; Bd.2, Zur Psychoanalyse des weißen Terrors, Frankfurt a.M. 1978.

Elektronisch einzusehen

(RLS) Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
Netzpräsenz: <<https://www.rosalux.de/news/id/4150/>> (abgerufen 10. 03. 2019).

Verwendete Abkürzungen

Abschr. --- Abschrift, **ag.** --- abgerufen (am), **ASR** --- Arbeiter- und Soldatenrat,
Anm. --- Anmerkung, **Azg.** --- Auszug (aus),
BA --- Bottroper Anzeiger, **BArch** --- Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, **Bd.** --- Band,
Ber. --- Bericht, **Bfl.** --- Befehl, **Bot** --- Bottrop, **BVZ** --- Bottroper Volkszeitung,
d. --- der/den/des/die, **Dok.** --- Dokument,
Ebd/ebd. --- ebendort, **ebs.** --- ebenso,
FK --- Freikorps,
Geh. --- Geheim, **GenKdo.** --- Generalkommando, **Gew.** --- Gewerkschaft/en,
Hg. --- Herausgeber,
ID --- Infanteriedivision,
Jg. --- Jahrgang,
NL --- Nachlass,
o. --- ohne, **op. cit.** --- (Lat.) „opere citato“/ im angegebenen Werk,
RchA Spa. --- Reichsarchiv Spandau [sic! – Vgl. Hinweise des Verfassers.],
RLS --- Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin,
Sp. --- Spalte, **StadtABot** --- Stadtarchiv Bottrop,
u. --- und, **UA** --- Untersuchungsausschuss, **Urs.** --- Ursache/n,
Verf. --- Verfasser, **Vgl.** --- Vergleiche, **Verl.** --- Verlauf, **VestA** --- Vestisches Archiv Recklinghausen, **VfgPrLV** --- Verfassunggebende Preußische Landesversammlung,
WAZ --- Westdeutsche Allgemeine Zeitung, **Westf.** --- Westfälisch/e/s,
Zeitg. --- Zeitung, **ZtArt.** --- Zeitungsartikel.

Bildnachweise

Abb. 1: Dragoner des Freikorps Lichtschlag auf der Bottroper Hochstraße, 23. Februar 1919 (<https://i0.wp.com/the-duesseldorfer.de/wp-content/uploads/2019/04/lichtschlag1.jpg?ssl=1>).

Abb. 2: Alois Fulneczek nach der Festnahme am 23. Februar in Begleitung von Soldaten und Zivilisten in Höhe des Bottroper Altmarkts, Stadtarchiv Bottrop.

Abb. 3: Trauerzug am 26. Februar für die Opfer des Rathaus-Massakers auf der Hochstraße , Museum für Orts- und Frühgeschichte Bottrop.